

18
L
8780

47 L 2780

Revidirtes Statut
der
Unterstützungs-Kasse

des
Lippischen Ziegler-Vereins I.
in Lage i. Lippe.

Eingeschriebene Hilfskasse.

Die Bekanntmachung über die ertheilte Bescheinigung findet sich
in der Nummer 34 des Deutschen Reichs-Anzeigers vom
8. Februar 1893 abgedruckt. (Reichs-Gesetzblatt S. 379).

Detmold.
Gedruckt in F. Böger's Buchdruckerei.

18 L 8780

sep.



614-22

Name, Sitz und Zweck der Kasse.

§ 1.

Die Hilfskasse führt den Namen: „Unterstützungskasse des Lip-pischen Ziegler-Vereins I“ (eingeschriebene Hilfskasse).

Die Kasse wird nach Maßgabe des Gesetzes über die eingeschriebenen Hilfskassen vom 7. April 1876, 1. Juni 1884 und des Gesetzes, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter, vom 15. Juni 1883, 10. April 1892 gebildet und bezweckt, ihren Mitgliedern für den Fall der Erkrankung eine Unterstützung und den Hinterbliebenen verstorbener Mitglieder eine Beihilfe zur Deckung der Begräbniskosten zu gewähren.

Der Sitz der Kasse ist die Stadt Lage.

Erlangung der Mitgliedschaft.

§ 2.

Jede im Ziegelgewerbe beschäftigte und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befindliche Person einerlei, ob dieselbe in Lage oder an einem sonstigen Orte des Deutschen Reichs ihren Wohnsitz hat, ist zum Beitritt berechtigt und erlangt die Mitgliedschaft durch eigenhändige schriftliche Beitrittserklärung; Handzeichen Schreibensunkundiger bedürfen der Beglaubigung durch ein Mitglied des Vorstandes. Jeder die Aufnahme Nachsuchende muß gesund sein und hat, wenn dies bezweifelt wird, ein Gesundheitsattest beizubringen. Die Aufnahme geschieht durch den Vorsitzenden des Vorstandes.

Außer einem Exemplar der Kassenstatuten erhält jeder Ziegelmeister eine Bescheinigung über seine und der bei ihm in Arbeit stehenden Mitglieder Zugehörigkeit zur Hilfskasse; auf Erfordern erhalten auch einzelne Mitglieder eine solche Bescheinigung.

Verlust der Mitgliedschaft.

§ 3.

Die Mitgliedschaft hört auf durch freiwilligen Austritt, welchen der Ausscheidende schriftlich oder mündlich bei dem Vorsitzenden des Vorstandes anzumelden hat; bis zu dieser Anzeige bleibt der Austretende der Kasse verpflichtet. Außerdem wird als ausgetreten betrachtet:

- a. wer das Ziegelgewerbe nicht mehr betreibt, insofern er nicht um das Recht der weiteren Mitgliedschaft nachgesucht und dasselbe erhalten hat;
- b. sobald ein Mitglied zum Militärdienst eingezogen ist; ein solches Mitglied ist während der Zeit des Militärdienstes von seinen Pflichten und Rechten entbunden, nach abgelaufener Dienstzeit steht ihm der Wiedereintritt zu.

Der Ausschluß aus der Kasse kann erfolgen:

- a. wenn ein Mitglied mehr als 2 Monatsbeiträge schuldet;
- b. wenn ein Mitglied die Kasse wiederholt durch Betrug geschädigt, durch Vorgeben oder Erheucheln einer Krankheit Krankengeld erschlichen oder wissentlich dazu mitgewirkt hat, daß unberechtigten Personen Krankens- oder Sterbegeld gewährt worden ist;
- c. wenn ein Mitglied die bürgerlichen Ehrenrechte verliert;
- d. wenn ein Mitglied eine solche strafbare Handlung begeht, welche eine Verletzung der Bestimmungen des Statuts in sich schließt;
- e. wenn ein Mitglied bei seiner Aufnahme über seine Gesundheitsverhältnisse wissentlich falsche Angaben gemacht oder körperliche Gebrechen ganz verschwiegen hat;
- f. wenn ein Mitglied auf der Ziegelei aus der Arbeit geht und nicht innerhalb 8 Tage dem Vorstande Anzeige macht, daß es ferner der Unterstützungskasse angehören will und die Beiträge einsetzt.

Der Ausschluß erfolgt durch Vorstandsbeschluß. Dem Ausgeschlossenen steht hiergegen die Beschwerde an die General-Versammlung zu. Ausgeschlossene und freiwillig ausgetretene Mitglieder sind aller Rechte und Ansprüche an die Kasse verlustig.

Die im Genuß einer Krankenunterstützung sich befindenden Mitglieder verlieren durch den Ausschluß ihre Ansprüche an die Kasse nicht.

Pflichten der Mitglieder.

§ 4.

Der Beitrag zur Kasse wird für jedes Mitglied über 16 Jahre auf 85 Pfg. und für jedes Mitglied unter 16 Jahren auf 65 Pfg. pro Monat festgesetzt.

Erfolgt der Austritt eines Mitgliedes nicht am Schlusse eines Monats, so bleibt dasselbe zur Beitragszahlung für den vollen Monat verpflichtet.

Der Kassensführer erhält für die jedesmalige alljährliche Eintragung in die Hilfskasse, sowie für seine sonstigen, die Kassenangelegenheiten betreffenden Mühewaltungen pro Person über 16 Jahre 1 Mark 2 Pfg. und pro Person unter 16 Jahren 78 Pfg. Die persönlichen Verwaltungskosten bilden einen Theil der Kassenbeiträge und werden ordnungsmäßig gebucht. Der Jahresbeitrag eines Mitgliedes über 16 Jahre beträgt demnach 11 Mark 22 Pfg. und derjenige eines Mitgliedes unter 16 Jahre 8 Mark 58 Pfg. einschließlich der Verwaltungskosten.

Zur Ersparung der Einsendungskosten der Beiträge werden die Ziegelmeister autorisirt, die Beiträge für das ganze Jahr von den bei ihnen in Arbeit stehenden Mitgliedern zu erheben und darüber zu quittiren. Die Einsendung der Beträge an die Verwaltungsstelle hat spätestens im Monat September zu geschehen; Mitglieder, welche nicht bei zur Kasse gehörigen Ziegelmeistern arbeiten, haben die Einzahlung bis dahin selbst zu bewirken.

Die Mitglieder haben in jedem Frühjahr vor ihrer Abreise nach den Ziegeleien oder kurz nach Eintreffen auf denselben über ihren jeweiligen Aufenthaltsort dem Vorstande Anzeige zu machen und geschieht diese durch die betreffenden Ziegelmeister unter Benutzung der dazu bestimmten Formulare.

Kassenleistungen.

§ 5.

Die Kasse gewährt:

- a. vom Beginn der Krankheit ab freie ärztliche Behandlung, Arznei, sowie Brillen, Bruchbänder und ähnliche Heilmittel;

J. K. K. K. K.

- b. im Falle der Erwerbsunfähigkeit vom dritten Tage nach dem Tage der Erkrankung ab für jeden Arbeitstag ein Krankengeld in Höhe der Hälfte des ortsüblichen Tagelohns gewöhnlicher Tagearbeiter derjenigen Gemeinde, in deren Bezirk der Versicherungspflichtige beschäftigt ist, und zwar erhalten Rassenmitglieder unter 16 Jahren die Hälfte des für jugendliche Personen festgesetzten Tagelohnes und Mitglieder über 16 Jahre die Hälfte des für erwachsene Personen bestimmten Tagelohnes;
- c. im Todesfalle eines Mitgliedes eine Beihilfe zur Bestreitung der Beerdigungskosten, welche den zehnfachen Betrag des wöchentlichen Krankengeldes, auf welches das verstorbene Mitglied Anspruch hatte, nicht überschreitet und für Mitglieder unter 16 Jahren höchstens 45 Mark und für solche über 16 Jahren höchstens 60 Mark beträgt.

Die Krankenunterstützung unter a und b endet spätestens mit dem Ablauf der dreizehnten Woche nach Beginn der Krankheit, im Falle der Erwerbsunfähigkeit spätestens mit dem Ablauf der dreizehnten Woche nach Beginn des Krankengeldbezuges. Endet der Bezug des Krankengeldes erst nach Ablauf der dreizehnten Woche nach dem Beginn der Krankheit, so endet mit dem Bezuge des Krankengeldes zugleich auch der Anspruch auf die im Absatz 1 unter a bezeichneten Leistungen.

Wenn ein Mitglied nach Beendigung der Beschäftigung auf der Ziegelei seinen Beschäftigungsort verläßt und nach seiner Heimath zurückkehrt, als ein die Versicherung freiwillig fortsetzendes Mitglied aber der Kasse ferner angehören will und dieses seinem Ziegelmeister bzw. dem Rassenvorstande gegenüber erklärt hat, so wird im Erkrankungsfalle das Krankengeld nach dem ortsüblichen Tagelohne gewöhnlicher Tagearbeiter derjenigen Gemeinde bemessen, zu welcher der Wohnort des Mitgliedes gehört.

Das Krankengeld ist nach Ablauf jeder Woche zu zahlen.

Das Sterbegeld (Absatz 1 unter c) wird grundsätzlich nur solange, als die Mitgliedschaft dauert, gewährt. Verstirbt jedoch ein als Mitglied der Kasse Erkrankter nach Beendigung der Krankenunterstützung, so ist das Sterbegeld zu gewähren, wenn die Erwerbsunfähigkeit bis zum Tode fortgedauert hat und der Tod in Folge derselben Krankheit vor Ablauf eines Jahres nach Beendigung der Krankenunterstützung eingetreten ist.

§ 5a.

An Stelle der im § 5, Absatz 1 unter a und b bezeichneten Leistungen tritt freie Kur und Verpflegung in einem Krankenhause und zwar:

1. für diejenigen Rassenmitglieder, welche verheirathet sind, oder eine eigene Haushaltung haben, oder Mitglieder der Haushaltung ihrer Familie sind, mit ihrer Zustimmung oder unabhängig von derselben, wenn die Art der Krankheit Anforderungen an die Behandlung oder Verpflegung stellt, welchen in der Familie des Erkrankten nicht genügt werden kann, oder wenn die Krankheit eine ansteckende ist, oder wenn der Erkrankte wiederholt den Vorschriften über die Krankmeldung, über das Verhalten der Kranken und über die Krankenaufsicht zuwidergehandelt hat, oder wenn dessen Zustand oder Verhalten eine fortgesetzte Beobachtung erfordert;
2. für sonstige Erkrankte unbedingt.

Hat der in einem Krankenhause Untergebrachte Angehörige, deren Unterhalt er bisher aus seinem Arbeitsverdienste bestritten hat, so wird neben der freien Kur und Verpflegung die Hälfte des demselben nach § 5 unter b zustehenden wöchentlichen Krankengeldes gezahlt. Die Zahlung kann unmittelbar an die Angehörigen erfolgen.

Nachweis der Krankheits- und Sterbefälle.

§ 6.

Jedes Mitglied, welches Anspruch auf die festgesetzte Unterstützung macht, hat die Krankheit bezw. Erwerbsunfähigkeit sowohl bei seinem Ziegelmeister, an welchen es die Beiträge leistet und welcher zur vorschussweisen Leistung der Krankenunterstützung autorisirt ist, als auch bei dem Vorsitzenden des Vorstandes, anzumelden und eine ärztliche Bescheinigung über die Richtigkeit der Angaben beizubringen; eine solche Bescheinigung mit Angabe über die Art und Dauer der Krankheit bezw. Erwerbsunfähigkeit ist auch sofort nach erfolgter Genesung einzureichen.

Erkrankt ein Mitglied auf der Ziegelei, so hat der betreffende Ziegelmeister die vorstehend bezeichneten Bescheinigungen einzufordern und darauf die Krankenunterstützungen für die Hülfskasse vorzuschießen.

Muß ein Mitglied krankheitshalber von der Ziegelei in die Heimath reisen, oder erkrankt ein Mitglied in der Heimath, so hat dasselbe

hiervon sofort dem Vorstande Anzeige zu machen und von diesem einen Krankenschein zu fordern, welcher letztere dem Vorstande nach erfolgter Genesung zuzustellen ist.

Bei vorkommenden Sterbefällen ist dem Vorstande von den Angehörigen des Verstorbenen oder von dem betreffenden Ziegelmeister eine Sterbeurkunde einzureichen.

Auszahlung der Krankenunterstützungen und des Sterbegeldes.

§ 7.

Bei Erkrankungsfällen auf den Ziegeleien erfolgt die Auszahlung in der Regel durch den Ziegelmeister, bei welchem der Erkrankte in Arbeit steht und bei welchem die Krankheit angemeldet ist, vorschußweise für Rechnung der Kasse gegen Vorlegung einer Bescheinigung, aus welcher hervorgeht, daß ein Krankheitsfall vorliegt, für welchen statutenmäßig Unterstützung gewährt wird. Die Auszahlung kann auch an Andere als den Berechtigten erfolgen, wenn dieselben zur Erhebung der Unterstützungsgelder beauftragt sind und die bezeichneten Bescheinigungen vorgelegt haben.

Im Falle der Erkrankte die Rechnungen des Arztes, der Apotheke und des Krankenhauses nicht selbst berichtigt hat, ist die Kassenverwaltung berechtigt, die Auszahlung an dieselben zu bewirken.

Verstirbt ein Mitglied auf der Ziegelei oder in einem auswärtigen Krankenhause, so ist davon dem Kassenvorstande sofort Anzeige zu machen. Hat der Ziegelmeister die nach § 5 unter a und b entstandenen Kosten, sowie das nach § 5 unter c sich ergebende Sterbegeld für Rechnung der Kasse vorgeschossen, so werden demselben die Auslagen nach Vorbringung der Beläge, Quittungen, Sterbeurkunden etc. aus der Kasse zurückgezahlt.

Bei Erkrankungs- und Sterbefällen von Mitgliedern in deren Heimath werden die Unterstützungs- und Sterbegelder von dem Kassen-Vorstande ausgezahlt, nachdem diesem die erforderlichen Bescheinigungen bzw. Sterbeurkunden eingeliefert sind.

Rückständige Beiträge zur Hülfskasse werden, wenn sie nicht innerhalb 3 Monaten nachgezahlt sind, durch Abzug vom Kranken- oder Sterbegelde ausgeglichen.

Verlust der Unterstützung.

§ 8.

Durch Beschluß des Vorstandes kann das im § 5 unter b bezeichnete Krankengeld ganz oder theilweise versagt werden, wenn ein Mitglied sich die Krankheit vorsätzlich oder durch schuldhafte Betheiligung bei Schlägereien oder Raufhändeln, durch Trunkfälligkeit oder geschlechtliche Ausschweifungen zugezogen hat.

Ordnungsstrafen.

§ 9.

Durch Beschluß des Vorstandes kann eine Ordnungsstrafe bis 3 und im Wiederholungsfalle bis 5 Mark festgesetzt werden:

- a. wenn ein Mitglied während der Krankheit öffentliche Lokale oder Schankstellen besucht;
- b. wenn ein als krank angemeldetes Mitglied Arbeiten vornimmt, welche mit seinem Zustande nicht verträglich sind;
- c. wenn ein Mitglied die Anordnungen des Arztes nicht befolgt;
- d. wenn ein Mitglied die vorschriftsmäßige Anzeige von seiner Erkrankung und die Einforderung des Krankenscheins unterläßt;
- e. wenn ein Mitglied sich der im § 13 bezeichneten Kranken-Kontrolle entzieht.

Organisation und Verwaltung.

§ 10.

Die Angelegenheiten der Kasse werden verwaltet:

- a. durch den Vorstand und
- b. durch die General-Versammlung.

§ 11.

Der Vorstand besteht aus fünfzehn Mitgliedern, welche in der im December einzuberufenden Generalversammlung nach einfacher Stimmenmehrheit der Erschienenen gewählt werden.

Es wird jedesmal nur über ein Vorstandsmitglied abgestimmt. Die Abstimmung geschieht mittelst Stimmzettel oder die Wahl erfolgt durch Acclamation. Bei Stimmengleichheit entscheidet das die Hand des Vorsitzenden zu ziehende Loos.

§ 12.

Die Vorstandsmitglieder werden auf 3 Jahre gewählt; die Wiederwahl derselben ist zulässig. Wenn ein Austritt oder Sterbefall eingetreten ist, so findet die erforderliche Ergänzungswahl bei der nächstfolgenden General-Versammlung statt. In der ersten Vorstandssitzung wird durch Stimmenmehrheit der Vorstandsmitglieder der Vorsitzende gewählt.

Die Zusammensetzung des Vorstandes, sowie jede in demselben eingetretene Aenderung ist dem Vorstande der Gemeinde, in deren Bezirk die Kasse ihren Sitz hat, anzumelden. Die Anmeldung hat durch die Vorstandsmitglieder in Person oder durch eine beglaubigte schriftliche Erklärung zu erfolgen.

§ 13.

Der Vorstand vertritt die Kasse gerichtlich und außergerichtlich; die Vertretung erstreckt sich auch auf diejenigen Geschäfte und Rechtshandlungen, für welche nach den Gesetzen eine Special-Vollmacht erforderlich ist.

Zu den Pflichten des Vorstandes gehört auch die Kontrolle der Kranken und sollen außerdem mit dieser Kontrolle die sämtlichen Ziegelmeister betraut werden, worüber vom Vorstande eine Anweisung zu erlassen ist; die Empfänger der Krankenunterstützung haben sich dieser Kontrolle zu fügen.

§ 14.

Der Vorsitzende beruft die Versammlungen des Vorstandes so oft dies erforderlich ist; die Versammlung ist beschlußfähig, wenn die Mehrheit des Vorstandes erschienen ist; Ersterer leitet die Sitzungen und nimmt über die Beschlüsse ein Protokoll auf. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden.

Der Vorsitzende hat die Beschlüsse des Vorstandes auszuführen und leitet alle Geschäfte in der Zeit, in welcher der Vorstand nicht versammelt ist.

Der Vorsitzende hat für die sichere Aufbewahrung der Gelder, Werthpapiere und Urkunden, für die erforderlichen Abschätzungen, Abschlüsse und Uebersichten, sowie für eine geordnete Buchführung zu sorgen, er hat in der letzten Hälfte des Monats December jedes Jahres einen übersichtlichen Abschluß über Einnahmen und Ausgaben dem Vorstande

vorzulegen und in dieser Sitzung die Namen der Erkrankten und Verstorbenen mitzutheilen, er hat ferner die Beiträge entgegen zu nehmen und die Unterstützungen auszuführen, nach Anweisung des Vorstandes auch andere die Hülfskasse angehende Ausgaben zu leisten, die Bücher im Januar jeden Jahres abzuschließen und dann Rechnung zu legen. Zu den laufenden Ausgaben nicht erforderliche Gelder hat der Vorsitzende bei der Sparkasse der Stadt Lage zinsbar zu belegen und für die sichere Aufbewahrung der Obligationen nach der Bestimmung des Vorstandes zu sorgen. Der Vorsitzende ist befugt, die Hülfskasse allenthalben zu vertreten und namens des Vorstandes rechtsverbindlich für dieselbe zu zeichnen.

Kassenrevisoren.

§ 15.

Die Kasse steht unter der Kontrolle der Vorstandsmitglieder, dieselben haben die Bücher derselben einzusehen, die Quittungen und Belege zu prüfen und den Bericht abzufassen, welcher der zur Dechargirung des Rechnungsführers einzuberufenden General-Versammlung vorzulegen ist.

General-Versammlung.

§ 16.

Soweit die Angelegenheiten nicht durch den Vorstand wahrgenommen werden, steht die Beschlußfassung darüber der General-Versammlung zu.

In der General-Versammlung hat jedes anwesende Mitglied, welches großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte ist, eine Stimme; die Mitglieder des Vorstandes, welche die Kasse gerichtlich und außergerichtlich vertreten, haben in derselben nur eine beratende Stimme.

Der Vorsitzende des Vorstandes beruft die General-Versammlungen unter Angabe der Berathungsgegenstände 14 Tage vorher mittelst einer Bekanntmachung in der Lippischen Landes-Zeitung und der Lippischen Ziegler-Zeitung, derselbe leitet auch die Versammlungen und nimmt über die Verhandlungen ein Protokoll auf.

Die Beschlußfähigkeit der General-Versammlung ist von der Anzahl der anwesenden Mitglieder nicht abhängig; die Beschlüsse sind verbindlich, wenn sie mit Majorität gefaßt werden.

§ 17.

Zu den Befugnissen der General-Versammlung gehören hauptsächlich:

- a. Entgegennahme der Jahresabschlüsse der Hilfskasse und Entlastung des Vorstandes;
- b. Erledigungen von Beschwerden über den Vorstand und Verfolgung von Rechtsansprüchen der Kasse gegen die Mitglieder des Vorstandes; dergleichen Beschwerden sind aber mindestens 8 Tage vor der General-Versammlung bei dem Vorsitzenden des Vorstandes anzumelden;
- c. Wahl des Vorstandes, etwaiger Sachverständigen und Festsetzung der Entschädigung für dieselben;
- d. Genehmigung bezw. Abänderung der Kassen- und Geschäftsordnungen und Anweisungen, sowie dauernder Verträge;
- e. Genehmigung solcher außerordentlichen Ausgaben, welche den Betrag von 30 Mark in jedem einzelnen Falle überschreiten;
- f. Abänderung des Statuts;
- g. Auflösung der Hilfskasse.

§ 18.

General-Versammlungen können nur an einem Orte abgehalten werden, an welchem die Kasse eine örtliche Verwaltungsstelle besitzt.

Prüfung der Leistungsfähigkeit der Kasse.

§ 19.

Die Kasse hat einen Reservefonds im Mindestbetrage der durchschnittlichen Jahresausgabe der letzten fünf Rechnungsjahre anzusammeln und erforderlichenfalls bis zu dieser Höhe zu ergänzen. So lange der Reservefonds diesen Betrag nicht erreicht, ist demselben mindestens ein Zehntel des Jahresbetrages der Kassenbeiträge zuzuführen.

§ 20.

Ergiebt sich aus den Jahresabschlüssen der Kasse, daß die Einnahmen derselben zur Deckung ihrer Ausgaben einschließlich der Rücklagen zur Ansammlung und Ergänzung des Reservefonds nicht ausreichen, so ist entweder eine Erhöhung der Beiträge oder eine Minderung der Kassenleistungen herbeizuführen.

§ 21.

Die Kasse ist verpflichtet, in den vorgeschriebenen Fristen und nach den vorgeschriebenen Formularen Uebersichten über die Mitglieder, über Krankheits- und Sterbefälle, über die vereinnahmten Beiträge und die geleisteten Unterstützungen, sowie einen Rechnungsabschluß der Aufsichtsbehörde einzusenden.

Sie hat jedes Ausscheiden eines versicherungspflichtigen Mitgliedes aus der Kasse und jedes Uebertreten eines solchen in eine niedrigere Mitgliederklasse innerhalb Monatsfrist bei der gemeinsamen Meldestelle oder bei der Aufsichtsbehörde desjenigen Bezirks, in welchem das Mitglied zur Zeit der letzten Beitragszahlung beschäftigt war, unter Angabe seines Aufenthaltsorts und seiner Beschäftigung zu dieser Zeit schriftlich anzuzeigen.

Bezüglich der während der Beschäftigungszeit auf den Ziegeleien ausscheidenden Mitglieder geschieht die Anzeige durch die betreffenden Ziegelmeister; letztere haben auch jede durch einen Unfall herbeigeführte Erkrankung, sofern mit dem Ablauf der vierten Woche der Krankheit die Erwerbsfähigkeit des Erkrankten noch nicht wiederhergestellt ist, binnen einer Woche nach diesem Zeitpunkte dem Vorstande der betreffenden Berufsgenossenschaft bezw. Sektion anzuzeigen.

Abänderung des Statuts.

§ 22.

In jeder General-Versammlung können Abänderungen des Statuts beschlossen werden, doch müssen die hierauf zielenden Anträge auf die Tagesordnung gestellt und 14 Tage vor der General-Versammlung veröffentlicht werden. Zur gültigen Annahme gehören zwei Drittel der anwesenden Mitglieder.

Alle Abänderungen des Statuts sind in 2 Exemplaren dem Vorstande der Gemeinde, in deren Bezirk die Kasse ihren Sitz hat, von dem Vorstande der Kasse in Person zu überreichen.

Auflösung der Hilfskasse.

§ 23.

Der Antrag auf Auflösung der Hilfskasse kann nur von der Mehrheit sämtlicher Mitglieder unter Angabe der Motive gestellt und muß auf die Tagesordnung einer zu diesem Zwecke einzuberufenden General-Versammlung gesetzt werden.

Der Beschluß der Auflösung bedarf der Zustimmung von vier Fünftheilen der in der General-Versammlung anwesenden Mitglieder.

§ 24.

Bei der Auflösung der Kasse wird die Abwicklung der Geschäfte, sofern die General-Versammlung nicht anderweit beschließt, durch den Vorstand vollzogen. Genügt dieser seiner Verpflichtung nicht oder wird die Kasse seitens Hochfürstlicher Regierung geschlossen, so liegt der Aufsichtsbehörde ob, die Abwicklung der Geschäfte geeigneten Personen zu übertragen und deren Namen bekannt zu geben.

§ 25.

Von dem Zeitpunkte der Auflösung und Schließung der Kasse ab, bleiben die Mitglieder noch für diejenigen Zahlungen verhaftet, zu welchen sie nach § 4 des Statuts verpflichtet sind.

Das Vermögen der Kasse ist nach der Aufhebung oder Schließung zunächst zur Deckung der von dem Zeitpunkte der Auflösung oder Schließung bereits eingetretenen Unterstützungsverpflichtungen zu verwenden. Bleibt dann noch ein Ueberschuß, so soll dieser Hochfürstlicher Regierung behuf Verwendung zu ähnlichen Zwecken eingeliefert werden.

Beaufsichtigung und Strafen.

§ 26.

Die Kasse unterliegt der Beaufsichtigung durch die hierzu von der Landesregierung bestimmten Behörde.

Die Aufsichtsbehörde kann zu jeder Zeit die Bücher der Kasse einsehen, sie beruft die General-Versammlung, falls der Vorstand seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Sie kann die Mitglieder des Vorstandes und die im Falle der Auflösung oder Schließung der Kasse mit der Abwicklung der Geschäfte betrauten Personen zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Pflichten durch Ordnungsstrafen bis zu hundert Mark anhalten.

Mitglieder des Vorstandes, welche den in diesem Statute enthaltenen gesetzlichen Bestimmungen zuwiderhandeln werden mit Geldstrafen bis zu dreihundert Mark bestraft. Haben sie absichtlich zum Nachtheil der Kasse gehandelt, so unterliegen sie der Strafbestimmung des § 266 des Strafgesetzbuchs.

Unverpfändbarkeit der Unterstützungs-Ansprüche.

§ 27.

Die dem Unterstützungsberechtigten auf Grund dieses Statuts zustehenden Forderungen können mit rechtlicher Wirkung weder verpfändet noch übertragen, noch gepfändet und dürfen nur auf geschuldete Beiträge aufgerechnet werden.

§ 28.

Die Bestimmungen des revidirten Statuts treten am 1. Januar 1893 in Kraft.

L a g e, den 14. December 1892.

Namens des Vorstandes der Unterstützungskasse des Lippischen Ziegler-Vereins I (Eingeschriebene Hülfskasse):

Victor Schütz, Vorsitzender.

Die am 9. Dezember 1884 als eingeschriebene Hülfskasse zugelassene und unter Nr. 9 des Registers eingetragene Unterstützungskasse des Lippischen Ziegler-Vereins I zu Lage bleibt auf Grund des vorstehenden revidirten Statuts als eingeschriebene Hülfskasse ferner zugelassen.

Detmold, den 12. Januar 1893.

Fürstlich Lippische Regierung.
von Wolffgramm.

Der unter dem 12. Januar 1893 als eingeschriebene Hilfskasse ferner zugelassenen Unterstützungskasse des Lippischen Ziegler-Vereins I (G. H.) zu Lage wird hiermit auf Grund des § 75a des Krankenversicherungsgesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 10. April 1892 (Reichs-Gesetzblatt S. 379) bescheinigt, daß sie, vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes genügt.

Berlin, den 1. Februar 1893.

Der Reichskanzler.

In Vertretung:

von Boetticher.

18117567

T a b e l l e

zur Berechnung der von der Generalversammlung pro 1893 festgesetzten Kassenbeiträge einschließlich der bisherigen Gebühren, wobei die sich ergebenden Bruchtheile nach oben hin abgerundet sind:

a.

für jedes Mitglied von 16 Jahren an und darüber

auf 12 Monate	12 Mk.	02 Pfg.
" 11	" 11	" 11
" 10	" 10	" 19
" 9	" 9	" 27
" 8	" 8	" 36
" 7	" 7	" 44
" 6	" 6	" 52
" 5	" 5	" 61
" 4	" 4	" 69
" 3	" 3	" 77
" 2	" 2	" 86
" 1	" 1	" 94

b.

für jedes Mitglied unter 16 Jahre

auf 12 Monate	9 Mk.	38 Pfg.
" 11	" 8	" 67
" 10	" 7	" 95
" 9	" 7	" 23
" 8	" 6	" 52
" 7	" 5	" 80
" 6	" 5	" 08
" 5	" 4	" 37
" 4	" 3	" 65
" 3	" 2	" 93
" 2	" 2	" 22
" 1	" 1	" 50

Die Lipper und benachbarten Ausländer entrichten den vollen Jahresbeitrag vom 1. Januar bis 31. Dezember incl. und finden Ausnahmen hiervon nur statt, wenn Jemand zum Militärdienst eingezogen wird oder glaubwürdig nachweisen kann, daß er im laufenden Jahr schon zu einer andern gesetzlich anerkannten Klasse bezahlt hat. Die weiter entfernt wohnenden Arbeiter, als Ost- und Westpreußen, Polen, Böhmen u. s. w. zahlen die obenbezeichneten Beiträge nur für die in Arbeit gewesenen Monate, wobei angefangene Monate für voll gerechnet werden.



Lippische Landesbibliothek



03898247

